

## Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung

### Machbarkeitsstudie zur Vereinfachung von Prozessketten zwischen Arbeitgebern und der Verwaltung (Los3)

Arbeitgeber unterliegen einer Reihe von Informations- und Meldepflichten, zum Beispiel zur Umsetzung der Sozialversicherung, für die Gewinnung statistischer Daten durch Bund und Länder, für die Besteuerung und einer Vielfalt weiterer Verwaltungsaufgaben. Der hierdurch entstehende Aufwand soll durch den Einsatz von E-Government-Lösungen und die Entwicklung durchgängiger Prozessketten für alle Beteiligten reduziert werden.

Zu diesem Zweck hat das Bundesministerium des Inneren (BMI) ein Projektkonsortium unter der Leitung des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering (IESE) beauftragt, in einer wissenschaftlichen Begleitstudie Methoden und Lösungsvorschläge für effiziente, organisationsübergreifende Prozesse zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung zu erarbeiten. Die Untersuchung der Informations- und Meldepflichten von Arbeitgebern ist eine von drei Studien, die mit diesem Ziel zur wissenschaftlichen Ergänzung des E-Government 2.0 Programms der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden sind.

Neben der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet)

der Universität Kassel waren die Fraunhofer-Institute FOKUS und SIT, die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, die Metropolregion Rhein-Neckar sowie aus der Privatwirtschaft tsm - total-sourcing-management, die ESG Consulting GmbH und die Beiten Burkhardt Rechtsanwalts-gesellschaft mbH an dem Projekt beteiligt.

In interdisziplinärer Projektarbeit ermittelten die Projektpartner zunächst die zu untersuchenden Prozesse und trafen eine beispielhafte Auswahl. Für diese wurden dann konkrete Lösungsvorschläge durchgängiger Prozessketten entwickelt, zu deren Umsetzung Handlungsempfehlungen abgegeben wurden.

Bei der Neugestaltung der Abläufe zur Erfüllung der Informations- und Meldepflichten wurden Belange des Datenschutzes, die Rechtsstaatlichkeit der Verfahren und weitere Rechtsfragen, die mit der Nutzung von E-Government-Lösungen verbunden sind, berücksichtigt. Die Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung ermittelte konkrete rechtliche Anforderungen und begleitete die Entwicklung der Lösungsvorschläge rechtswissenschaftlich. Es wurde insbesondere das Ziel verfolgt, die die Berufsfreiheit der Arbeitgeber beein-

trächtigenden Informations- und Meldepflichten und der informationellen Selbstbestimmung der von den Datenübermittlungen betroffenen Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Die Ergebnisse des Projekts wurden in einer Machbarkeitsstudie veröffentlicht:

Autorenteam Los3, Machbarkeitsstudie zum Forschungsauftrag „Entwicklung von Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung“ - Los3 „Informations- und Meldepflichten für Arbeitgeber“, 2009,

[http://www.fokus.fraunhofer.de/de/elan/\\_docs/machbarkeitsstudie-los3\\_090330.pdf](http://www.fokus.fraunhofer.de/de/elan/_docs/machbarkeitsstudie-los3_090330.pdf).

---

**Laufzeit:**

Juni 2008 bis zum Februar 2009

**Drittmittelgeber:**

Bundesministerium des Innern (BMI)

**Projektleitung:**

Prof. Dr. Alexander Roßnagel

**Ansprechpartner:**

Geschäftsführer/in provet

prov@iwr.uni-kassel.de

<http://prov@iwr.uni-kassel.de>

**Anschrift:**

Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung - provet -  
Universität Kassel, Fachbereich 07  
Pfannkuchstraße 1, 34109 Kassel